

## **"Aktionsprogramm Klimaschutz 2010"**

**Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa Senator Dr. Reinhard Loske legt "Aktionsprogramm Klimaschutz 2010" vor**

Der Klimaschutz im Land Bremen soll in den nächsten Jahren einen großen Schritt nach vorn machen. Umweltsenator Dr. Reinhard Loske stellte hierzu heute seinen Entwurf für ein Aktionsprogramm des Senats der Öffentlichkeit vor.

Das "Aktionsprogramm Klimaschutz 2010" enthält konkrete Ziele und Maßnahmen für die bremische Klimaschutzpolitik der nächsten Jahre. Die bremischen CO<sub>2</sub>-Emissionen (ohne Stahlindustrie) sollen bis zum Jahr 2010 um rund sechs Prozent gegenüber 2005 sinken. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Programm insbesondere folgende Maßnahmen vor:

- Die Stromerzeugung aus den erneuerbaren Energien Wind, Wasser und Sonne wird gegenüber 2005 um den Faktor 4 gesteigert. Die größte CO<sub>2</sub>-Minderung wird durch den weiteren Ausbau der Windkraft in Bremen und Bremerhaven erzielt. Einen herausragenden Einzelbeitrag leistet das im Bau befindliche neue Weserkraftwerk.
- Kraft-Wärme-Kopplung und Abwärmenutzung werden verstärkt genutzt. Die Überseestadt soll an das Fernwärmenetz im Bremer Westen angeschlossen werden. Auch das Mittelkalorikkraftwerk der swb-Gruppe trägt erheblich zur CO<sub>2</sub>-Minderung bei.
- Die Energieeffizienz von Gebäuden wird durch umfassende Anstrengungen zur energetischen Gebäudemodernisierung gesteigert. Das erfolgreiche Förderprogramm "Wärmeschutz im Wohngebäudebestand" wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Wohnungsbauförderung wird künftig an energetische Mindeststandards geknüpft. Im Neubau werden grundsätzlich anspruchsvolle energetische Standards verwirklicht.
- Der Energieverbrauch und die CO<sub>2</sub>-Emissionen der öffentlichen Gebäude sollen erheblich gesenkt werden. Das Gebäudesanierungsprogramm wird konsequent am Leitziel der energetischen Optimierung ausgerichtet. Durch die verstärkte Nutzung des Energiespar-Contracting wird privates Investitionskapital und Know-how mobilisiert. Die Stromversorgung der bremischen öffentlichen Gebäude wird zum 1. Januar 2009 auf erneuerbare Energien umgestellt.
- Die bremischen Unternehmen werden mit Förderprogrammen und vielfältigen Initiativen bei der Steigerung der Energieeffizienz und der Entwicklung und Anwendung klimafreundlicher Technologien und Produkte unterstützt. Die erfolgreiche Profilierung von Bremen und Bremerhaven als Zentrum der Windindustrie wird gefestigt und weiter ausgebaut.
- Die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs werden insbesondere durch den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Förderung des Radverkehrs und die noch intensivere Nutzung des Car-Sharing gesenkt.
- Die Informations- und Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger über die vielfältigen Möglichkeiten zur Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien werden ausgebaut und intensiviert. Hierzu wird insbesondere die

erfolgreiche Arbeit der Bremer Energie-Konsens GmbH fortgesetzt.

Die CO<sub>2</sub>-Minderungseffekte des Aktionsprogramms Klimaschutz 2010 sind im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa von externen Gutachtern detailliert berechnet worden. Auftragnehmer waren das Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES), Saarbrücken, sowie die Ingenieurgruppe IVV, Aachen. Nach den Ergebnissen der Gutachten, die seit August 2008 vorliegen, bewirkt das Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 eine Minderung der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 370.000 Tonnen. Dies entspricht rund sechs der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die von den Energieverbrauchern im Land Bremen (ohne Stahlindustrie) im Jahr 2005 verursacht worden sind.

Im nächsten Schritt wird der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa ein Energie- und Klimaschutzprogramm für den Zeithorizont bis 2020 erarbeiten und im Jahr 2009 im Zusammenhang mit der Vierten Fortschreibung des Landesenergieprogramms vorlegen. Dieses mittelfristige Programm wird im engen Dialog mit den relevanten Akteuren und zu beteiligenden gesellschaftlichen Gruppen sowie mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Der Diskussions- und Beteiligungsprozess wird im Herbst 2008 eingeleitet.

Pressemitteilung des Senats Bremen, 08.09.2008